

Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden zur Haushaltsverabschiedung 2009

□ **Tenor: Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit**

es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Ratskolleginnen und –kollegen, meine Damen und Herren

2009 ist ein aufregendes Jahr.

Wer hätte vor einem Jahr hier in diesem Saal geglaubt, dass eine weltweite Finanzkrise der Wirtschaft quasi den Boden unter den Füßen wegziehen würde? Und nicht nur der Wirtschaft, sondern auch vielen kleinen, gerade auch aufstrebenden Staaten in unserer Nachbarschaft.

Dabei ist diese Krise hier bei uns im Ratssaal, anders als bei vielen Unternehmen draußen, noch gar nicht wirklich angekommen.

Für uns hier im Ratssaal bedeutet die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzwesens einen grundlegenden Wandel.

Es soll u.a. zu mehr Transparenz und Generationengerechtigkeit führen.

Für viele unter uns ist das Wort Transparenz aber bei dieser erstmaligen Befassung eher mit vielen Fragezeichen versehen. Die alte Kameralistik erscheint den meisten viel übersichtlicher und klarer.

Es hilft nichts. Wie durch die Finanzkrise müssen wir auch durchs NKF. Wir müssen nach vorne schauen, die Chancen erkennen und nutzen.

Erstaunlich ist das Verhalten vieler Deutscher in der Finanzkrise. Statt, wie bei früheren Krisen üblich, alle Mittel zurückzuhalten und in den Sparstrumpf zu stecken, geben die meisten ihr Geld aus wie bisher, gehen einkaufen und halten damit ein Stück weit die Binnenkonjunktur am Laufen. So, als wäre die Krise nur eine vorübergehende Erscheinung. Trotz der andauernden negativen Fernsehkrisenshows scheinen die Menschen hier in Deutschland den Glauben an eine absehbare Besserung nicht aufzugeben.

Und das ist gut so. Würden alle Bürger Deutschlands und auch in anderen Teilen der Welt aus Angst ihr Geld zurückhalten, würde nämlich die Wirtschaft vollends zusammenbrechen und auch der größte Sparer wäre am Ende kein Gewinner.

Wir müssen an eine bessere Zukunft glauben, Vertrauensvorschüsse gewähren und uns den Problemen mit positivem Mut stellen.

Das gilt auch für den Haushalt der Stadt Ennigerloh.

Die erschreckenden Rahmendaten:

-Strukturelles Minus von 3 Millionen € im Ergebnisplan, unserer Gewinn- und Verlustrechnung, dass nur durch einen Griff in die Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden kann.

-Kreditermächtigung über 1,2 Millionen € geplant.

Das bedeutet schlichtweg, den Weg der kontinuierlichen Entschuldung des städtischen Kernhaushalts in diesem Jahr zu verlassen.

Alternativen?

Alle investiven und Unterhaltungs-Maßnahmen zusammenstreichen.

Ich frage hier: Wollen wir das? Können wir uns das leisten?

Wir schieben nach vorläufiger Eröffnungsbilanzaufstellung jetzt schon einen Sanierungsstau i.H.v. 6 Millionen € vor uns her.

Viele investive Maßnahmen werden bereits seit Jahren geschoben.

Was sagen unsere hiesigen Handwerker, Unternehmer und Dienstleister, wenn wir hier dazu beitragen, ihnen jetzt das Wasser abzugraben?

Wenn wir uns genau gegenteilig zum optimistischen und wirtschaftsstützenden Konsumverhalten unserer Bürger und den stützenden Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung verhalten?

Noch halten sich die Insolvenzen im Rahmen. Auch wir können hier keinen rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit wollen. Diese würde die Sozialkassen und damit uns ebenfalls belasten.

Trotzdem ist vernünftiges Maßhalten angesagt. Die auf den Weg zu bringenden Maßnahmen sorgfältig unter Kosten/Nutzen-Aspekten auszuwählen.

Das schulden wir schon der Generationengerechtigkeit.

Schulden müssen nachhaltig abgebaut werden, auch wenn uns das in diesem Jahr wohl nicht gelingen wird. Das tut uns als CDU-Fraktion, die in all den Jahren besonderen Wert auf einen steten Schuldenabbau gelegt hat, besonders weh.

Ich erinnere hier an unsere Initiativen

- zum Verkauf der städtischen Erbpachtgrundstücke, der maßgeblich zur Stützung mehrerer Haushalte beigetragen hat und dies immer noch tut. Ohne diesen Weg wäre ein Schuldenabbau in der Form in den letzten Jahren nicht möglich gewesen.
- unsere eigenen Berechnungen zu den Folgekosten eines vor Jahren von vielen gewünschten Kombibades. Der städtische Zuschuss hätte verdoppelt werden müssen.
- unseren Anlauf zu einer Zielvereinbarung mit dem Bürgermeister zur Sonderschuldentilgung vor zwei Jahren.
- unsere steten Kompensationsvorschläge bei Änderungen von Haushaltsansätzen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen
- und jüngst: unser Nein im Januar zur Ausweitung von Verwaltungsflächen und einem neuen Ratssaal mit entsprechenden dauerhaften Folgekosten für die Stadt. Dabei hat die

CDU-Fraktion bereits im letzten Jahr auf diese Dauerkosten hingewiesen. Von uns erbetene Kostenkalkulationen hat uns die Verwaltung leider nicht vorgelegt.

Das NKF hilft uns nicht gerade, den Entschuldungsweg konsequent weiterbeschreiten zu können.

Ob das sowieso nicht verkäufliche städtische Sachvermögen wie Rathaus, Marktplatz, Brücken, Straßen und jeder Bleistift wirklich mit dem entsprechenden Aufwand und erheblichen Kosten erfasst und bewertet werden muss, darüber kann man streiten.

Aber in einem Punkt war das NKF bitter nötig:

Es deckt die Kosten für Personal gnadenlos auf. Jahrzehntlang wurden die Kosten gerade für Beamte auf allen staatlichen Ebenen verschleiert und Lasten in die Zukunft verschoben. Wo der Gesetzgeber der freien Wirtschaft im Steuerrecht seit eh und je den harten Fakten Rechnung trägt, nämlich bei der Bildung von Pensionsrückstellungen, hat er für seine beamteten Beschäftigten nie Rücklagen geschaffen. Stets galt der Grundsatz: Zu Arbeitszeiten billiger und nicht streikberechtigt wie vergleichbare Angestellte, um die Pensionslasten sollten sich andere kümmern!

Das war unverantwortlich und endet hoffentlich auf allen staatlichen Ebenen bald!

Die Kommunen sind durch NKF verpflichtet, Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen zu bilden und nach Auffassung der CDU-Fraktion müssen auch schnellstmöglich reelle Gelder in entsprechende Rücklagen angespart werden.

Eine Entwicklung über viele Jahrzehnte mit ihren rechtlichen Dauerverpflichtungen kann man

natürlich nicht von heute auf morgen ungeschehen machen. Viele Aufgaben unserer städtischen Bediensteten sind staatliche Pflichtaufgaben.

Die Aufdeckung dieser Pensionslasten durch NKF in allen Kommunen muss aber eines sein:

Eine dringende Mahnung an alle Abgeordneten und Regierungen in Ländern, Bund und EU, umgehend und radikal umzudenken. Schritte in die richtige Richtung sind ja bereits von der CDU-geführten Landesregierung unternommen worden.

Es muss gelten:

- nicht mehr, sondern weniger Gesetze
- keine dauernden Gesetzesverkomplizierungen und -änderungen
- praktikablere, am Personaleinsatz orientierte, Gesetze und Verordnungen
- Entrümpelung überflüssigen Gesetzesbestands und konsequente Entbürokratisierung

Nur so bekommen wir die Personalkostenexplosion in den Griff.

Das gilt auch für uns vor Ort. Satzungen müssen einfach und praktikabel sein. Vor Erlass neuer Regelungen ist dreimal die Notwendigkeit zu hinterfragen.

Doch der Zwang des NKF zu rechtzeitiger Vorsorge für gerade diese Pensionslasten und zu allgemeiner Sparsamkeit hat einen weiteren großen Vorteil. Denn ohne diesen Zwang würden die Kommunen angesichts der langfristig drastisch zunehmenden kassenwirksamen Pensionsauszahlungen kameralistisch vor die Wand fahren. So wird durch NKF das Problem zumindest abgemildert.

Auf weitere Feinheiten will ich hier aber nicht mehr eingehen.

Fest steht angesichts der Finanzkrise:

Ab Mitte des Jahres und besonders für 2010 drohen erhebliche Steuerausfälle.

Ausfälle, die uns 2010 in unserer regulären Investitionstätigkeit stark einengen werden.

Das Konjunkturpaket II mit seiner Mittelzuweisung von 1,85 Millionen € für Ennigerloh wird uns helfen, diese Investitionslücke zugunsten unserer ansässigen Handwerker und Unternehmer zu mindern, Arbeitsplätze in Ennigerloh und den Ortsteilen zu erhalten.

Ausdrücklich zu loben ist hier das generöse Verhalten der CDU-FDP- Landesregierung, nicht nur 70% der Mittel, wie es Bundesvorgabe ist, sondern volle 84% an die Kommunen weiterzureichen.

Dafür unseren ausdrücklichen Dank.

Wir werden dafür sorgen, dass diese Mittel zügig in die Wirtschaft fließen.

Und zwar zugunsten dringend notwendiger Projekte und der energetischen Optimierung städtischer Gebäude und Schulen.

Gerne würden wir einen Teil davon für den äußerst notwendigen Ausbau des Breitbandnetzes (am besten in Form eines Glasfasernetzes) verwenden, um den Wirtschaftsstandort Ennigerloh nachhaltig zu stärken.
. Dieses haben wir auch beantragt. Doch das hängt davon ab, wie schnell wir bei diesem Thema zu Ergebnissen kommen.

Denn das Vorhandensein schneller Datennetze wird angesichts immer größer werdender Datenpakete immer standortentscheidender nicht nur für größere Unternehmen, sondern auch z.B für kleine Konstruktionsbüros.

Wir hoffen, dass unter der Federführung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung des Kreises bald, unter Einbeziehung der Städte und Gemeinden, eine tragfähige Lösung erarbeitet wird, die die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen stärkt und mittelfristig auch unserer Bevölkerung zugute kommen wird.

Die CDU-Fraktion wird diesen Prozess nach Kräften begleiten.

Ebenfalls nach Kräften begleiten wollen wir den Prozess einer zunehmenden Verzahnung von Wirtschaft und unseren örtlichen Schulen.

Unternehmerschaft und Verwaltung der Stadt Oelde ist es in den letzten Jahren bis heute wegweisend gelungen, Verbindungen zwischen örtlichen Unternehmen und sämtlichen Schulformen zu knüpfen. Vor allem soll das physikalisch-technische Interesse junger Menschen frühzeitig geweckt und gefördert werden. Denn im Zuge der Verknappung der wichtigsten Ressource Mensch im Zuge des demografischen Wandels ist die Sicherung guter und technisch versierter Auszubildender und Studierender, die sich unserer Region und Stadt verbunden fühlen, Grundvoraussetzung für ein weiteres Prosperieren unseres gewerblich-technisch geprägten Raums. Unsere Stadt, ebenso wie die Nachbarstädte in unserer Region, werden zukünftig einem noch erheblich stärkeren Wettbewerb um junge Köpfe ausgesetzt sein. Wir müssen daher jetzt bereits alle Weichen stellen, um unseren Unternehmen wie den Jugendlichen eine Zukunft hier vor Ort zu bieten. Darüberhinaus darf kein Jugendlicher mangels Ausbildung verloren gehen. Frühzeitige Berufsorientierung durch geeignete Partner in der Unternehmerschaft kann dem gezielt vorbeugen.

Lern- und Schulpartnerschaften zwischen unseren Handwerksbetrieben und Unternehmen zeigen den richtigen Weg auf.

Eine verstärkte Kooperation mit außerschulischen Partnern soll die Identifikation örtlicher Personen, Institutionen, Vereinen und Unternehmen mit ihren Schulen vor Ort stärken und einen gegenseitigen Austausch von Ideen und Aktionen ermöglichen. Zusätzlich kann im Rahmen des Sponsorings die sächliche und finanzielle Ausstattung von Schulen verbessert werden.

Gerade zur Stärkung des Metall- und Maschinenbaustandorts Ennigerloh wäre eine verstärkte Kooperation auch der Realschule mit entsprechenden Betrieben sehr wünschenswert.

Der Auf- und Ausbau von Schulpartnerschaften mit Handwerk und Gewerbe soll zum einen die Interessen der jungen Menschen auf begleiteten Bahnen frühzeitig herausarbeiten. Abbrecherquoten in späteren Ausbildungsgängen werden so minimiert und Jugendarbeitslosigkeit vorgebeugt. Zum anderen können Betriebe rechtzeitig junge Menschen für ihren Tätigkeitsbereich gewinnen und sich über ihre späteren Auszubildenden ein verlässliches Bild machen.

Deshalb hat es die CDU-Fraktion im Rahmen der NKF-Zieldefinitionen für unsere Schulen für wichtig erachtet, den Auf- und Ausbau von insbes. technischen Kooperationen und Schulpartnerschaften mit Betrieben und außerschulischen Partnern festzuschreiben.

Insbesondere der Firma Bohle ist hier für ihr frühzeitiges Engagement bei der Anne-Frank-Hauptschule zu danken.

In diesem Zusammenhang liegt der CDU auch der Erhalt und die weitere Unterstützung des „Bauhofs der Sinne“ am Herzen, der bereits jüngere Kinder vor allem im Grundschulalter spielerisch an Technik heranführt.

Neben der Optimierung der Breitbandstruktur, der o.g. Weiterentwicklung unserer Schulen, einer unternehmensgerechten Wirtschaftsförderung in Verwaltung und Rat, auf die einzugehen, ich mir in diesem Jahr spare,
ist ein möglichst nahtloser Anschluss ans Fernstraßennetz besonders wichtig für unsere export- und logistikorientierten Unternehmen.

Neben der wichtigen Entlastungsfunktion für Ostentfelde hat daher ein schneller Bau des Ostrings für die CDU-Fraktion oberste Priorität und wir haben für im Rahmen der Haushaltsplanberatungen von einigen geäußerte Tendenzen zur Verschiebung kein Verständnis. Zumal wir damit die Fördermittel riskieren. Ich spreche hier insbesondere Sie an, liebe Kollegen von der SPD.

Genau so wichtig ist natürlich auch eine baldige Sanierung der L792 mit Begradigung der kurvenreichsten Abschnitte und Anschluss an den Kreisverkehr Ahmenhorst bei Oelde.

Hier werden wir in unserem Engagement nicht nachlassen, verehrte Damen und Herren!

Das Thema „Demografischer Wandel“ begleitet uns nun schon seit Jahren. Maßgebliche Anträge zur Herangehensweise wurden dabei von der CDU-Fraktion auf den Weg gebracht.

Angesichts prognostizierter Zahlen, die vor allem ab 2020 neben der internen Altersdurchschnittsverschiebung eine deutliche Bevölkerungsabnahme für Ennigerloh voraussagen, ist eines ganz deutlich gegenüber der Bevölkerung zu betonen:

Der Wandel kommt nicht über Nacht. Er ist eher wie eine langsame Flut im Wattenmeer. Wir haben genügend Zeit, uns anzupassen. Kaum einer hat bemerkt, dass sich das Durchschnittsalter der Ennigerloher Bevölkerung in den letzten 30 Jahren um 7 Jahre auf nunmehr 41 Jahre erhöht hat.

Aber es ist unsere Aufgabe hier im Rat, uns den Herausforderungen ganz praktisch zu stellen. Und wenn wir unsere Hausaufgaben gut machen und unsere Stadt mit allen ihren Ortsteilen attraktiv halten, können wir vielleicht das eine und andere Bevölkerungsprozent entgegen den Hochrechnungen für uns verbuchen.

Die CDU-Fraktion hat sich auch im letzten Haushaltsjahr diesen Herausforderungen gestellt.

Gerade für die kleineren Ortsteile Enniger, Ostenfelde und Westkirchen müssen die Rahmenbedingungen erhalten oder geschaffen werden, die zeitgemäßes Wohnen und Leben auch zukünftig ermöglichen.

Unsere Anträge zum Bereich Bauen sollen drohenden Leerstandsbildungen vor allem in monostrukturierten Baugebieten und weiteren Kostenschüben in den Gebührenhaushalten vorbeugen.

Zum einen wollen wir Hinterlandbebauung grundsätzlich zulassen. Damit eröffnen wir dem Wunsch gerade vieler Eltern Raum, deren Kinder nah und kostengünstig im oft großen Garten des elterlichen Grundstücks bauen wollen.

Nebeneffekte sind Einsparungen bei den Kosten für öffentliche Versorgungseinrichtungen, verkehrliche Anbindungen und den Sozialhaushalt, weil die Nähe der eigenen Kinder den in älteren Jahren teils pflegebedürftigen Eltern ein möglichst langes Wohnen in den eigenen vier

Wänden ermöglicht.

Daneben soll unser Antrag „Aktive Wohnumfeldgestaltung und Weiterentwicklung von Bebauungsplänen in Wohnquartieren“ ein Ansatz sein, wie man jungen Familien statt Neubau einen Umbau in vorhandenen Wohnquartieren schmackhaft machen kann.
Jung und Alt in durchmischten

Wohngebieten
bringt allen Vorteile
und erhält nebenbei unseren älteren Mitbürgern den Wert ihrer Häuser für den Fall eines notwendigen Verkaufs. Diese Vorteile wollen wir dauerhaft präsentiert wissen.

So sollte die Stadt bereits im Vorfeld durch eine zentrale Präsentation moderner Hausmodellformen, die auf dem Umbau der alten Gebäudesubstanzen basieren, Bau- und Kaufinteressierte auf die Möglichkeiten älterer und oft günstig zu erwerbender Gebäude aktiv hinweisen.

Begleitet durch Hinweise auf flexible Gestaltungsmöglichkeiten anzupassender Baupläne (Motto z.B. "Wir sind offen für Ihre Ideen") und auf aktuelle Förderprogramme aller Institutionen, Behörden, Firmen etc.. und ggf. ortsnahe Architekten, die eine schnelle Umsetzung gewährleisten.

Ziel solcher Quartiergestaltung ist die langfristige Durchmischung von Jung und Alt und die aktive Gefühlsvermittlung, dass derartiges Wohnen die Vorteile der alten Großfamilie in sich birgt (z.B. Möglichkeiten der Kinderbetreuung durch Rentner in der Nachbarschaft, die über Zeit verfügen; Hilfe bei Besorgungen durch mobilere Jüngere).

Die Stadt sollte daher neben den oben beschriebenen Maßnahmen dauerhaft und aktiv dafür werben, dass es sich bei dieser Art Durchmischung um eine Win-Win-Situation für alle Anlieger handelt.

Seniorenrecht und Servicewohnen in allen Ortsteilen. In unseren Augen ein Muss.

Älter werdende Mitbürger stellen sich die Frage: Wo bleibe ich im Alter, wenn die Kinder vielleicht nicht mehr vor Ort sind und ich Haus und Garten nicht mehr bewältigen kann?

Jüngere Mitbürger stellen sich die Frage: Hat mein Dorf für mich noch eine Perspektive, wenn ich älter werde? Kann ich hier noch bauen?

Diese Fragen müssen beantwortet werden. Berechtigte Befürchtungen sind zu nehmen, wenn wir unsere vorhandene kleinstädtisch-ländliche Struktur erhalten und ihr Zukunft geben wollen.

Daher unser jüngster Antrag, bei fehlenden Privatinvestoren die Baugesellschaft zur Errichtung entsprechend notwendiger Einrichtungen heranzuziehen, wie dies in Ennigerloh-Mitte bereits der Fall gewesen ist. Damit neben Ennigerloh-Mitte und Enniger die Ortsteile Westkirchen und Ostenfelde eben nicht auf der Strecke bleiben.

Der Demografische Wandel bedeutet aber nicht nur Veränderung der Wohnstruktur. Er verpflichtet uns auch, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken.

Neben dem laufenden Familienunterhalt zwingen zukünftig deutlich geringere Rentenansprüche beide Partner zur Arbeit. Das geht nur, wenn in allen Ortsteilen die dort notwendigen Betreuungsmöglichkeiten an Kindergärten und Schulen vorhanden sind.

Selbstverständlich für die CDU-Fraktion war daher die schnelle Zustimmung zum Bau der Realschulmensa unter Co-Finanzierung des 1000-Schulen-Programms der Landesregierung, von dem wir durch die zügige Entscheidung profitieren können.

Ebenso unterstützen wir den Ausbau des Drosselnests und die Kooperation mit dem katholischen Kindergarten in Enniger sowie einen weiteren Ausbau der U3-Betreuung auch in den Ortsteilen, die noch nicht davon profitieren.

Grundsätzlich müssen die Betreuungszeiten in allen Ortsteilen der Lebenswirklichkeit und den Anforderungen moderner Familienführung gerecht werden.

Aktive Begleitung des demografischen Wandels bedeutet auch, die Stärken jedes Ortsteils gezielt zu stärken.

Zum Beispiel für Ostenfelde als Ortsteil mit hohem Freizeit-, Erholungs- und Tourismuswert heißt dies auch, die diesbezügliche Infrastruktur weiterzuentwickeln. Und eben gerade hier eine Caravanversorgungsstation zu installieren, wenngleich diesbezüglich woanders auch von uns der Sparstift ansetzt wird.

Ihre etwas verfrühte Häme im Ennigerloher Blickpunkt, verehrte Kollegen von der SPD, läuft daher ins Leere. Sie sollten vielleicht zukünftig erstmal sämtliche Haushaltsberatungssitzungen abwarten, bevor Sie Ihre Schmähfeder schwingen. Aber bekanntlich naht ja der Wahltermin.

Unser Einsatz für die von der Firma K+K gewünschte Wiederansiedlung in Ennigerloh-Mitte ist auch dem Umstand geschuldet, dass dieser Standort nicht nur ortsnah den östlichen Siedlungsbereich optimal versorgen kann und hoffentlich zur Belebung des sich, gelinde gesagt, mau entwickelnden Baugebiets beitragen wird. Dieser Standort wird zugleich auch zur Standortsicherung der K+K-Märkte in Ostenfelde und Westkirchen aufgrund vorhandener Synergieeffekte beitragen.

Denn Ortsteilen ohne eigene Lebensmittelversorgung wird die Grundlage genommen.

Diese Ausführungen und weitere Themenfelder der CDU-Fraktion könnte ich weiterführen, doch ich will`s dabei bewenden lassen.

Nur zwei/drei Anmerkungen noch:

Wir freuen uns, dass nach langen Jahren der Besichtigungen und Diskussionen bei den Sportanlagen dieser Stadt endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Dabei heben wir eindeutig hervor und unterstützen ausdrücklich das Engagement des Stadtsportverbands.

Wir werden die Herausforderungen des Brandschutzbedarfsplans und die verantwortungsvollen Aufgaben unserer Feuerwehrkameraden weiterhin positiv begleiten.

Ebenso wie Aktivitäten aller ehrenamtlichen Vereine und Verbände und bedanken uns ausdrücklich für deren Tun.

Und: Wir halten Wort.

Nämlich gegenüber der Hoest und der dringend erforderlichen Sanierung der östlichen Brücke. Eine Zusage, die manifestiert wurde u.a. im letztjährigen Haushaltsplan. Und auf die die Landwirtschaft dort dringend angewiesen ist.

CDU-Politik, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren,

ist Politik aus einem Guss!

Sie erfasst sämtliche Aufgabenfelder unserer Stadt und ihrer Ortsteile in ihrer Komplexität.

Und sie ist verlässliche Politik.

Die CDU-Fraktion wird dem überarbeiteten Haushaltsplan zustimmen.

Verehrter Herr Bürgermeister,

wie in jedem Jahr darf ich Sie bitten, den Dank für die viele geleistete Arbeit an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzuleiten. Für ein Jahr voller Arbeit im Zeichen der Umstellung auf NKF.

Insbesondere auch Ihnen, Herr Wildemann, gilt als Kämmerer unser Dank.

Ich danke Ihnen

Guido Gutsche